

# Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## Vor Abschluß: Schleicher-Hitler!

Heute noch Erlaß der Terror-Verordnung — Schreckensjustiz gegen das Proletariat  
Kämpft für die Arbeiter-Regierung!

Das Diktatur-Kabinett plant heute die Veröffentlichung über Sondergerichte und Strafverschärfungen. Es läßt verlautbaren, daß die Ermächtigung dafür bereits durch die Brüningsche Notverordnung vom Oktober 1930 gegeben sei.

Diese Veröffentlichung ist ein Beruhigungsmanöver für die Dummen, die nicht alle werden. Es soll den Anschein erwecken, als ob Papen, Schleicher und Bracht endlich gegen die Mordfurie der Nazis loszugehen bereit wären. Dieser Anschein wird noch verstärkt, da zum ersten Male seit zwei Tagen Nazi-verhaftungen in bescheidenem Umfange stattfinden. So ist sowohl in Königsberg, wie in Holstein, wie in anderen Bezirken eine Reihe von SA-Attentätern festgenommen, selbst in Braunschweig wird offiziell verlautbart, daß der ungeheuerliche Anschlag auf die Arbeiterwohnungen einer ganzen Straße durch „von auswärtig gekommene Nazis“ verübt worden sei. Die Hauptschuldigen, die oberen SA- und Standortführer bleiben natürlich ungeschoren.

Die Verhaftungen sind daher alles andere als ein „Zugreifen“. Das bewahrt sich die Diktatur-Regierung gegen die Antifaschisten auf. Es sind vielmehr kleine Liebesdienste für die Hitlersche Führung, die auf diese Weise die Verantwortung für die fanatisiertesten und exponiertesten Mörder der Hitlerschen SA abgenommen und die Beruhigung der zum Teil sehr zersetzten und in wichtigen Abteilungen frondierenden braunen Armee erleichtert wird. Von überall her wird berichtet, daß ähnlich wie im Bezirk des Gruppenführers Mörder-Heines in Schlesien mächtige Gährung, gegenseitiges Mißtrauen, Zersetzung unter den Nazis entstanden ist, weil die aufgeputschten Nachläufer nicht begreifen, weshalb nicht längst bereits der Oker nach Berlin marschiert und das Dritte Reich errichtet hat.

Die Hitlersche Führung selbst begreift dagegen sehr wohl, daß sie im gegenwärtigen Augenblick manövrieren muß, um den Widerstand des verselbständigten Staatsapparates vollends zu brechen.

Unter der Patronanz der Kliquen um Hindenburg beharrt die Diktaturregierung auf ihrer Lösung: Präsidialkabinett und Mitregierung der Nazis. Der General Schleicher hält diese Uebergangsform für nötig, um zunächst die Schwierigkeiten mit Hindenburg schrittweise zu überwinden. Sein Plan ist eine Mitregierung der Nazis, die mit ihm gemeinsam die Reichsverweserschaft des Kronprinzen vorbereitet, welcher Hindenburg weichen würde. Erst dann sollen die Nazis vollkommen herangezogen werden. Der General hofft damit seine eigene Position weiter zu stärken.

Jedoch diese Lösung wäre für die aufgeputschte braune Armee fast untragbar. Sie würde den Nazis die größten inneren Schwierigkeiten, vielleicht eine mächtige Abspaltung bringen. Deshalb fordert Hitler schon jetzt die Führung im Reiche, die nächsten Tage werden entscheiden, welche Tendenz sich durchsetzt.

Je geschlossener die Arbeiterklasse auftritt, desto geringer sind die Chancen der verbündeten Hitler und Papen, auf ihrem Rücken ungestört den Kuhhandel um die Form der bonapartistischen Diktatur auszufechten.

Wenn die SPD-Führung sich in alter Tugend darauf vorbereitet, unter Umständen Papen gegen Hitler zu tolerieren und das grausame Spiel der Selbstvernichtung der stärksten Arbeiterorganisation fortzuführen und damit nicht nur die SPD, sondern, da eine revolutionäre Führung fehlt, die ganze Arbeiterklasse weiter zu zersplittern und aktionsunfähig zu machen, müssen ihr die sozialdemokratischen Arbeiter schon jetzt in den Arm fallen.

Weniger als je Tolerierung — entschiedener als je für den außerparlamentarischen Kampf des Blockes aller Arbeiter-

organisationen. Die Arbeiterklasse und ihre Organisationen können dem Spiel Schleicher-Hitler nicht länger untätig und abwartend gegenüberstehen. Das Proletariat muß seine Forderungen geltend machen und dafür auf breiter Front den Kampf aufnehmen. Der die Arbeiter aller Richtungen

vereinigende Kampf muß gehen um die Forderung:  
Schluß mit jeder Art halb oder ganz faschistischen Diktatur, Schluß mit dem blutigen Naziterror, Errichtung einer von den Organen der ganzen Klasse getragenen Arbeiterregierung!

### Generalstreik

in allen belgischen Revieren restlos durchgeführt

Der „Vorwärts“ meldet aus Brüssel unter dem 7. August:

Nach den bis heute mittag aus den Kohlenrevieren von Lüttich, Namur und Limurg vorliegenden Nachrichten — in den anderen Kohlenrevieren befanden sich die Bergarbeiter im Streik — ist der Streikbeschuß vom Sonntag allgemein durchgeführt worden. Man hofft, daß die Arbeiter ihre an sich bescheidenen Forderungen durchsetzen werden. Bemerkenswert ist die tiefgehende Unzufriedenheit innerhalb der beteiligten Arbeiterschaft, die man als revolutionäre Stimmung (!) bezeichnen kann. Diese Stimmung wendet sich gegen das ganze System der kapitalistischen Ausbeutung.

Da der freigewerkschaftliche Bergarbeiterverband nur etwas mehr als ein Drittel der

Bergarbeiter umfaßt und da weiter der allergrößte Teil viel schwächere christliche Verbände dem Regierungsvorschlag zugestimmt hat, so ist diese geschlossene Kampfaufnahme ein herrlicher Beweis des glänzenden Kampfes der gesamten Bergarbeiterschaft. Es bestätigt sich die alte Erfahrung aufs neue, daß die unorganisierte Masse einem zielbewußten Kampf nur Gefolgschaft leistet.

Wenn schon der „Vorwärts“ von „revolutionärer Stimmung“ berichten muß, dann — sagt dies zur Genüge, daß es hier um mehr als nur um einige Cent Lohn geht, sondern daß die belgische Arbeiterklasse entschlossen ist, den politischen Kampf gegen das ganze kapitalistische System aufzunehmen. Weil dem so ist, kann auch bestimmt mit einer baldigen Ausdehnung des Massenstreiks auf andere Arbeiterkategorien gerechnet werden.

### Entlastungsschwindel der Nazis „Kommunistisches Geheimdokument“

Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht als besonderen Schlag ein angebliches „Kommunistisches Geheimdokument über Organisation von Bombenattentaten“. Daß das ganze Machwerk eine Fälschung ist, erfinden und veröffentlicht zu dem ausgesprochenen Zweck, von den jetzt über als Naziverbrechen erwiesenen Bombenanschlägen abzulenken, das kann jeder Normaldenkende beim Lesen des „VB“ auf den ersten Blick erkennen. Auffällig daran ist nur die kaum zu überbietende Plumpheit und Frechheit der Fälschung. Die angeblichen „Richtlinien für Sprengstoffanschläge“ sollen in einer am 2. August stattgefundenen „Sitzung der Zentralkommission des Rotfrontkämpferbundes“ ausgearbeitet und beschlossen worden sein. Abgesehen davon, daß es eine „RFB“-Leitung längst nicht mehr gibt, verraten schon die hanebüchene Blödsinnigkeit in dem Dokument den Fälscher. Daraus nur einige Kostproben aus dem angeblichen Beschluß:

„Darum gelten für die nächste Zukunft folgende Richtlinien:

Aus den Ältesten und verschwiegensten Mitgliedern unseres Bundes sind besondere Gruppen zu bilden, die die Aufgabe haben, gegen unsere eigenen Lokale und gegen unsere eigenen Büros Sprengstoffattentate auszuführen. Wir dürfen nicht einmal davor zurückscheuen, das Leben, auch führender Genossen, aufs Spiel zu setzen.“

Als Grundlage dieser „Linie“ wird ein angeblicher „selbstkritischer“ Beschluß veröffentlicht, in dem sich folgende Stelle findet:

„Wir hatten vergessen, daß Lenin eine verschwindende Minderheit zum Sieg ge-

führt hat, wir dachten nicht mehr daran, daß Stalin mit einer verschwindenden Minderheit regiert.“

Höher kann der Blödsinn nicht mehr gesteigert werden. Wir können uns daher ganz dem Urteil des bürgerlichen „Berliner Tageblatts“ anschließen, das schreibt:

„Vergeblicher Entlastungsversuch.“

Anscheinend um die Schuld der nationalsozialistischen Verhetzung für die Attentatsversuche der letzten Woche zu verdunkeln, veröffentlicht die Nationalsozialistische Partei-korrespondenz in München angebliche Geheimanweisungen, die der seit einigen Jahren bereits verbotene Rotfrontkämpferbund vor kurzem seinen Mitgliedern erteilt haben soll. Schon die Überschrift „Sensationelle Geheimanweisungen der Rotfrontzentrale“ zeigt, daß man Sensation machen will, um einen bestimmten politischen Zweck zu erreichen, und der Inhalt macht es noch deutlicher.

Wer dem Braunen Hause diese offenkundige Fälschung zugetragen hat, ist gleichgültig, aber daß es sich um eine Fälschung handelt, ist für jeden Kundigen auf den ersten Blick zu sehen. Irgendeinen Nutzen kann sie für die Nationalsozialisten nicht haben, da inzwischen sowohl in Königsberg (wo die Attentate schon am 1. August begannen), wie in Holstein, wie in Braunschweig Mitglieder der NSDAP als Bombenattentäter amtlich festgestellt worden sind; bei den übrigen Attentaten, die noch nicht aufgeklärt sind und die sich gegen Angehörige der Linken richteten, dürfte es nicht anders stehen. Der Versuch, mit Hilfe eines angeblichen Geheimbefehls anderen die Verantwortung dafür in die Schuhe zu schieben, ist von vornherein aussichtslos.“

### Meuchelmord! Die Methode der Hakenkreuzler, der „Erneuerer Deutschlands“

„Rotmord!“, „Untermenschentum der Rotmordkanaille“, „8185 tote und verletzte Nationalsozialisten!“ Mit derartigen sich von Tag zu Tag übersteigerten blutrünstigen und bewußt erlogenen Schlagzeilen in rot unterstrichenen Riesentiteln tobt sich die Nazipresse aus. Planmäßig erzeugt und steigert sie damit den wahren Blutausch ihrer SA- und SS-Horden. Während als Folge dieser Mordhetze ganz Deutschland widerhallt vom Knallen der Revolver, vom Krachen und Splintern der SA-Bomben und Handgranaten in Ostpreußen, Schleswig-Holstein, Schlesien, Berlin-Brandenburg, Mecklenburg, Bayern und anderen Gebieten, hält es der zur „Wiederherstellung der Ordnung“ eingesetzte Preußenkommissar Dr. Bracht für nützlich, diesem organisierten Nazimord insofern Hilfsleistung zu leisten, als er mit einer mehr als zweifelhaften amtlichen Statistik zu beweisen versucht, daß die Kommunisten die Schuldigen wären. Sie hätten bei den in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni d. J. gemeldeten politischen Zusammenstößen in 203 Fällen, die Nazis dagegen nur in 75 Fällen angegriffen.

Selbst wenn man die Richtigkeit und Zuverlässigkeit dieser „amtlichen Statistik“ unterstellt, so ist sie trotzdem eine grobe Irreführung der Öffentlichkeit. Denn es kommt hier nicht darauf an, wer in diesem oder jenem Fall angegriffen hat, sondern darauf, welche Seite diese Art politischen Kampfes eingeführt hat, täglich propagiert und vor allem, mit welcher Methode die eine oder andere Seite kämpft. Nur wer die Frage so stellt — und wer die Schuldfrage aufrollen will, kann sie nur so stellen — bekommt ein richtiges Bild.

Dieses Bild aber zeigt nicht nur die ganze und alleinige Schuld der Hitlerpartei und ihrer Hintermänner, es offenbart auch einen Grad von Verliertheit, Gemeinheit, Feigheit und Niedrigkeit der Gesinnung bei den Führern der NSDAP und den SA-Horden, daß man, abgesehen von den scheinlichen Verbrechen der italienischen Faschisten, in der Geschichte aller Völker, zum mindesten aber in der zweitausendjährigen Geschichte Deutschlands kaum ein analoges Beispiel findet.

Wir sind revolutionäre Klassenkämpfer, wir wissen, daß der Klassenkampf, die Triebfeder und der Inhalt der Geschichte aller Völker, nicht mit Harmonie und Rosenöl ausgefuchelt wird. Wir wissen — Tausende und Hunderttausende von den herrschenden Klassen erschlagener Revolutionäre aller Zeiten lehren uns das — daß der Befreiungskampf unterdrückter Klassen ungezählte Blutopfer fordert. Wir sind deshalb auch weit entfernt davon, über die Opfer im Stile von Betschwestern zu wehklagen.

Die sozialistisch-kommunistische Arbeiterbewegung, die „Untermenschen“ haben aber aus ihrer Verfolgung niemals — hören Sie, Herr Bracht und Herr von Papen! — niemals und nirgends die Schlussfolgerung abgeleitet, daß sie nun ihrerseits mit politischem Mord und individuellem Terror antworten müsse. Trotz der unerhört brutalen Verfolgung durch die Puttkamer, Bismarck usw. ist es keinem Staatsanwalt möglich, der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands in ihrem jahrzehntelangen Kampf auch nur einen politischen, von der Parteileitung organisierten oder gedeckten Mord nachzuweisen. Selbst 1918/19, in den akut revolutionären Kämpfen, ist nicht ein politischer Gegner der Arbeiterschaft durch parteimäßig organisierten Mord gefallen. Auch

# Schlesischer Arbeiter-Sport

## Sport vom Sonntag

Durch den am Nachmittag einsetzenden Regen wurde der größte Teil der letzten mehr der 2 Runden abgebrochen. Die ausgetragenen Spiele nahmen den erwarteten Verlauf. Alt Babel konnte gegen Lamsch ein Unentschieden erzielen. Blagowoi konnte gegen Einheit nicht bestehen und verlor 2:1. Vorwärts mußte sich von Rosenthal 7:0 vorher geschlagen begeben. Erwartungsgemäß verlor gegen Blagowoi 5:0. Erdmann verlor gegen Tamara 6:3. Eberbach und konnte Ransern gegen Obernigk 3:0 den Sieg an sich reißen. Trotz der Föhnwind bis Halbzeit für West mußten sie sich am Schluß gegen Strehlen eine 3:2-Niederlage gefallen lassen.

Resultate der durchgeführten Spiele: Union 1-PSB 1 2:0, Sudost 1-Hertha 1 0:0 (2 0), Stern 1-Sturm 1 2:1 (0-1), Freie Sportfreunde 1-Falk 1 0:5 (0-3), VfB 1-Wratzlawia 1 8:1 (6-1), Wacker 1-VfL 1 2:0 (1-0).

## Fußball-Notizen

**Verhandlungsausschub.** Forderung für den 15. 8. 20 Uhr: Sportgenosse Max Ruchner und Erwin Föld (Adler), dazu Schiri Bunde (Freie Sportfreunde) 20.15 Uhr: Vereinsvertreter Freie Sportfreunde und Pfeil in Sachen Schwarze Liste Hauschild, Pfeil mit Unterlagen, 20.30 Uhr: Vereinsvertreter PSB mit Protokollbuch. Dazu Chimolla, Blagowoi, 20.45 Uhr: Vereinsvertreter Wratzlawia und Sudost, dazu Gen. Pissel, Hans Wratzlawia, 21.00 Uhr: Vereinsvertreter Ostwitz und Zda, 21.15 Uhr: Schiri Scharte, VfL, und Erwin Rother, Ostwitz

**Arbeitsausschub.** Das Spiel am 14. 8. Herrnsprotch 1. Jug.-Einheit 1 Jug. steigt 15.30 Uhr, Wratzlawia 4. Mannsch. wird vom Spielbetrieb zurückgezogen. Schülermannschaft Lamsch wird zurückgezogen. VfL Schülermannschaft und Schmolz Jugendmannschaft werden ebenfalls vom Spielbetrieb zurückgezogen.

**Allemanita, Ransern.** Dem Verein zur Kenntnis: Sämtliche Anfragen geschäftlichen Inhalts an den 1. Vorsitzenden Ernst Feilung, Breslau-Schmiedefeld 45, in Kassasachen an den 1. Kassierer Felix Barthel, Ransern.

**Ausschreibung für die leichtathletischen Wettkämpfe für alle Arbeitersportvereine Breslaus.** Am Sonntag, den 14. August, von früh 8 Uhr an findet im Ostpark eine Wiederholung der leichtathletischen Wettkämpfe statt. Veranstalter ist der erste Arbeiter-Athletenbezirk Breslau. Diesmal werden die Wettkämpfe um ein bedeutendes interessanter sein.

da die Ausschreibung für alle Arbeitersportvereine offen ist. Folgende Kampfe können gemeldet werden: **Knabens und Mädchen-Dreikampf.** 60 m-Lauf, Kugelstoßen 2 1/2 kg, Weitsprung mit Anlauf, Außerdem 10 mal 75 m Pendelstafette. **Jugend bis 18 Jahre, Zweikampf.** 100 m-Lauf, Hochsprung, Diskus 1 1/4 kg. **Einzelkampf.** 2000 m-Lauf, Kugelstoßen 5 kg beiderartig, Weitsprung mit Anlauf. **Sportlerinnen-Dreikampf.** Wie Jugend, Einzelkampf 1000 m-Lauf, Kugelstoßen beiderartig, Weitsprung mit Anlauf. **Männers-Dreikampf.** 100 m-Lauf, Dreisprung, Hochsprung mit Anlauf, Diskus 2 kg und Hammer werden 5 kg. Dasselbe für Alterssportler von 30 Jahren bis 35 Jahre und über 35 Jahre nur anstatt Dreisprung Weitsprung mit Anlauf.

**Einzelkampf für Männer.** 3000 m-Lauf, Kugelstoßen beiderartig 7 1/2 kg, Kugelwerfen 5 kg, Weitsprung mit Anlauf. 10 Teilnehmer eines Vereins oder Abteilung werden als Mannschaft gewertet. Auf je 5 Teilnehmer ist ein Kampfrichter zu melden. Starter und Kampfrichter sind namentlich an Gen. Hermann F. L. Gräbchen Str. 82, zu melden. Kinder und Kampfrichter frei. Alle übrigen 10 Pfg. Gäste 10 und 20 Pfg. Eintritt. Meldeschluß 10. August.

## Freie Turnerschaft Breslau E. V.

**Vereinsportfest der FFB.** Sportleiter beachtet den Meldeschlußtermin am 13. 8. zu der diesjährigen größten Leichtathletischen Veranstaltung am Ort. Startgebühr 10 Pfg. pro Teilnehmer, Kinder frei. Gäste 20 Pfg. Auf je 5 Aktive ist ein Kampfrichter namentlich zu melden. Das Startgeld ist möglichst bei der Meldung zu entrichten.

**Achtung, Abteilungen!** Nachdem die Ferien der Kinder beendet und die aufreibenden Wettkämpfe der Vergangenheit angehören, setzen wir unsere Arbeit fort. Was geschieht in den nächsten Wochen? Als Wichtigstes nennen wir die Frauen-Werbewoche vom 15.-21. August, das Vereinsportfest am 28. August und das Alterstreffen am 4. September. Die Frauen-Werbewoche wird von der Genossin Stephan für unseren Verein bearbeitet. Bitte beachtet die Mitteilungen. Für das Vereinsportfest sind alle Ausschreibungen den Abteilungen zugegangen. Sorgt für zahlreiche Beteiligung des Alterstreffen in Oels. Es sieht ein umfangreiches Programm vor, so daß die Aktiven voll auf ihre Rechnung kommen. Oels ist seit Jahren ein von uns allen gern besuchtes Städtchen, das schon manchen großen Aufzug der Arbeitersportler erlebt hat. Werbt in allen Abteilungen und sorgt dafür, daß sich alle älteren Bundesgenossen aktiv an diesem Treffen beteiligen.

**5. Männerabt.** Freitag, den 12. 8. 18-19.30 Uhr, Schülerturnen. 19.30 Uhr bis 20.45 Uhr Gymnastik (Jugend und Männer). Anschließend im „Lesehammer“ Verrammlung

**7. Männerabt.** Freitag den 12. 8., nach dem Turnen Handballversammlung bei Grundmann. Pässe und Nenngeld für die Serie sind mitzubringen. Außerdem ist Aufstellung zur Serie.

**8. Männerabt.** Am 21. 8. findet unsere Dampferfahrt nach Döhring statt. Jeder Genosse, der sich daran beteiligt, muß bis spätestens Dienstag seine namentliche Meldung abgeben. Gleichzeitig laden wir alle Genossen anderer Abteilungen ein. Fahrpreis 1.14 RM. Meldung an Gen. Otto Heimlich, Katzbachstr. 1a.

## Faustball-Kreismeisterschaft des 14. Kreises

Am 21. 8. steigen in Breslau die Endspiele um die schlesische Faustballmeisterschaft. Nach den bisherigen Meldungen ist der mehrjährige Meister, Turn- und Sportverein Penzig, in diesem Jahr schon im 2. Bezirk ausgeschaltet worden. Als Meister des 2. Bezirks wird VfL Görlitz gemeldet. Es ist zu erwarten, daß Görlitz im Spiel um die Bezirksverbandsmeisterschaft 2.-10. Bezirk gewinnen wird. Den Bezirksverband 1., 3., 5. Bezirk vertritt die 7. Abt. der Freien Turnerschaft Breslau. Schon mehrere Jahre kämpft die 7. Abt. in den Endspielen. Hoffentlich gelingt es ihr dieses Jahr die Meisterschaft zu erreichen. Aus dem Bezirksverband 4.-7. Bezirk wird der vorjährige Meister Ludwigsdorf gemeldet. Im Bezirksverband 6.-8. Bezirk stehen im 6. Bezirk Königszell als Meister fest. Neuzugang im 6. Bezirk stellt ebenfalls den Meister. Man geht nicht fehl, wenn man in dem Spiel um die Bezirksverbandsmeisterschaft den Königszellern die größeren Siegesaussichten einräumt. Zu den Endspielen in Breslau werden voraussichtlich folgende Gegner teilnehmen: 7. Abt. der FTB, VfL, Görlitz, Ludwigsdorf, Neurods und Königszell. Nach den Faustballmeisterschaftsspielen findet als Abschluß ein Handballauswahlspiel Turner-Sportler statt.

## Arb.-Rad- und Kraftfahrband Solidarität, Ortsgruppe Breslau.

**Abteilung Ohlauer Tor:** 11. August Ausfahrt, Start 19.30 Uhr am Vereinslokal.  
**Abteilung Gräbchen:** 12. August Abteilungabend bei Klante, Hochstr. 7.  
**Abteilung Nikolaitor:** 11. August Ausfahrt, Start 18 Uhr am Striegauer Platz.  
**Abteilung Odertor:** 11. August Ausfahrt, Start 15 Uhr am Trebnitzer Platz.  
**Abteilung Scheinitz:** 11. August Ausfahrt, Start 18 Uhr an der Fürstenschule.

**Abteilung Dörrgoy:** 11. August Ausfahrt, Start 19.30 Uhr am Vereinslokal.

**Jugendabteilung:** 10. August Außenspiele im Stadion. 12. August Heimspiele im Heim, Mehlgasse 39.  
**Kraftfahrabteilung:** 12. August, 20-21 Uhr, Zahlabend im Zentralballsaal Westendstraße 50.



**SAP**  
Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68

**Achtung Ortsgruppenführer in Schlesien!**  
Ich bitte um sofortige Zusendung der Wahlresultate und der Mitgliederzahlen spätestens bis Sonnabend, den 13. August.

**Distriktsversammlungen für Dienstag, den 8. August**  
Distrikt 10: Müller, Alsenstr. 62.  
Distrikt 11: Hahn, Hildebrandstr. 9.  
Distrikt 12: Partiburo.  
Distrikt 14: Zentralballsaal.

**Proletarische Kulturgemeinschaft:** Heut Dienstag, 20 Uhr, wichtige Arbeitsausschusssitzung Kleine Holzstraße 3.

**Sekretariat:** Kl. Holzstr. 3  
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10-12 Uhr u. Donnerstag von 18-20 Uhr.

**Monatliche Jugend (Zentral):** Heut, 19.30 Uhr, ist alles im Heim Grünstr. 14/16. Es referiert Gen. Simon über „Unsere Stellung zur heutigen politischen Lage nach der Wahl“. Gäste willkommen. Kein Gruppenmitglied darf fehlen.

**Bezugspreis:** Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1.30 Porto monatlich.  
**Expedition:** Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Trepp. Telefon 206 02.

## Berlin

### Rose-Theater

Größe Frankfurter Str. 132  
Telefon: E7 Weichal 3422  
Mittwoch, 10. August  
8.30 Uhr  
**Herzdame**  
Gartenbühne  
Mittwoch 10. August  
8.30 Uhr  
Konert und Varieté  
8.15  
Frühlingstutt



**„Der Niedergang des deutschen Kapitalismus“**  
von Fritz Sternberg  
soeben erschienen  
Ladenpreis 9 Mark

Leser der SAZ und Genossen der SAP erhalten nach wie vor das Werk für 4.50 Mark. Niemand versäume diese günstige Kaufgelegenheit. Bestellungen an die Expedition der SAZ, Kleine Holzstraße 3.



der Städtischen Sparkasse zu Beeslau

Werbt für die  
**SAZ**

**KAFFEE HAG SCHONT**  
**IHR HERZ**  
zu haben bei:  
**Wilhelm Kupczyk**  
Schleierwerderstraße 51  
Kolonialwaren Lebonamittel

**„Der Klassenkampf“**  
Die Monatschrift für den  
klassenbewußten Arbeiter  
Vierteljährlich 1.35 Mk.  
Einzelnummer 0.45

# Wo decke ich meinen Bedarf?

**Leinhaus Gotthard Völkel**  
Friedrich-Wilhelm-Straße 51  
Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

**Maßschneiderei**  
Kürschneri und Pelzpflege  
Damenmäntel und Kostüme

**P. Muschalle, Breslau 6**  
Friedrich-Wilhelm-Str. 14, 2. Etg. - Tel. 252 21

**Stets frisch zu haben bei:**  
**Wilhelm Wollny**  
Friedrich-Karl-Straße 34  
Ecke Westendstraße

**Kolonialwaren Kaffeerösterei**

**Paul Frühauf**  
**Kolonialwaren usw.**  
Bergstraße 22

**WESTEN**

**Kolonialwaren Karl Bothur**  
Posener Straße 13 Tel. 27397

**Obst - Gemüse - Kolonialwaren**  
Erich Völkel Bergstraße 30

**Schmelz ist und bleibt billig**  
Friedrich-Wilhelmstraße 25

**ff. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Paul Sternitzke, Steinauer Str. 25

**Vogelhalter - Kolonialwaren**  
nur bei Ritter, Friedrich-Wilhelm-Straße 53

**Fleischermeister Max Lattner**  
Posenerstraße 23  
Stets in Qualität - Niedrigste Preise

**frische Seefische u. Räucherwaren**  
Richard Polke, Anderssenstr. 16

**Franz Rzehulka**  
Kolonialwaren / Tabake  
Aisenstraße 42, Ecke Leuthenstraße

**Genossen! Fahrräder - Motorräder und alle Ersatzteile**  
bei **Karl Borst Jun.**, Steinauer Straße 12a.

**Eis-Vater**  
Breslau, Posener Straße 34

**ff. Fleisch- und Wurstwaren**  
Steinauer Str. 6  
**Emil Ladeck**

**Besucht das „Proleten“**  
Arbeiter-Sport-Kartell

**Restauration Traugott Riefe**  
Westendstraße 64  
**Treffpunkt aller Genossen**  
Angenehmer Aufenthalt - Niedrige Preise

**ImuhVogel**  
Friedrich-Wilhelmstr. 66  
Scheitniger Straße 12

**Leserinnen und Leser der SAZ!**

Schneidet untenstehende Kupons aus!  
Tragt sie bei Euch!  
Gebt sie in den Geschäften ab!  
Ihr unterstützt damit eure Zeitung und ermöglicht ihren Ausbau.

**Genossinnen und Genossen, gebt bei Euren Einkäufen unsere Kupons in den Geschäften ab**

Wir lesen die <b>SAZ</b> <b>Sozialistische Arbeiter-Zeitung</b> Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3, Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die <b>SAZ</b> <b>Sozialistische Arbeiter-Zeitung</b> Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3, Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die <b>SAZ</b> <b>Sozialistische Arbeiter-Zeitung</b> Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3, Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die <b>SAZ</b> <b>Sozialistische Arbeiter-Zeitung</b> Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3, Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die <b>SAZ</b> <b>Sozialistische Arbeiter-Zeitung</b> Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3, Tel. 20602 und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren „Inserenten“
--	--	--	--	--



# Das „Gewerkschafts“-Ideal der Hakenkreuzler

Eine Hölle für jeden Proletarier

Die „arbeitslosen“ Hakenkreuzler, die alles „Prekariat“ und „Internationale“ mit Stumpf und Stiel, mit Handgriffen, langen Messern und Bomben ausrotten wollen, sind wie bekannt, nichts anderes als die Nachbeter und Nachhelfer der „welschen“, italienischen Faschisten. Sie haben den italienisch-faschistischen Grub, sie mordeten und brandmarkten nach italienisch-faschistischem Rezept. Da ist es nur selbstverständlich, daß sie nach ihrem Vorbild auch die italienisch-faschistischen „Gewerkschafts“-Methoden hier einführen wollen. (In Wirklichkeit ist hier der Name Gewerkschaft eine einzige große Lüge, man kann das nur als Arbeitersklaverei bezeichnen.) Was das deutsche Proletariat unter diesem System zu erwarten hat, das zeigt das Hitler-Zentralorgan der „Völkische Beobachter“ vom 5. August 1932 selbst in einem großen Artikel „Vom Arbeitsrecht im faschistischen Italien“, Verfasser Kaja, München.

Wir wollen im Nachstehenden möglichst kommentarlos die entscheidenden Stellen dieses gewiß nicht faschistenfeindlichen Artikels wiedergeben. Der Verfasser gibt im wesentlichen die Grundsätze der „Carta di Lavoro“, das italienische „Gesetz der Arbeit“, wieder und schreibt:

„Bei Anerkennung der kapitalistischen Wirtschaftsform bleibt aber der Unternehmer oder Organisator eines Großunternehmens immer dem Staat verantwortlich.“

Jeder Klassenkampf wird abgelehnt, man leugnet sogar das Bestehen von Klassenunterschieden und sagt, daß alle, auch wirtschaftlichen Interessen des einzelnen hinter denen der Gesamtheit zurückstehen müßten.

Maßgebend im ganzen Leben des Staates ist allein der „Große Faschistische Rat“, der nicht aus Wählern besteht. Die Faschistische Partei ist über den Rahmen einer Partei längst hinausgewachsen, und Italien ist heute ein „Ein-Partei-Staat“. Neben der Faschistischen Partei bestehen praktisch keine anderen Parteien mehr. Damit sind auch die Gewerkschaften restlos entpolitisiert (II), die früheren faschistischen „Gewerkschaften“, denen noch Gewerkschaften mit politischem Einschlag gegenüberstanden, sind verschwunden.

An deren Stelle sind die „Syndikate“ getreten, die man etwa als Berufsverbände betrachten kann. Diese Syndikate sind die Träger der Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der von ihnen abgeschlossene Tarifvertrag wird als der richtige Weg zum notwendigen Ausgleich angesehen. Streik und Aussperrung werden abgelehnt, einigen sich die beiden Gruppen nicht, so tritt die Entscheidung eines „Arbeitsgerichtes“ an die Stelle des Tarifvertrages. Diese Entscheidung ist endgültig und mit keinem Mittel anfechtbar oder zu bekämpfen.

## Die Syndikate

sind also Verbände für die Angehörigen eines Berufsstandes. In den Anfängen hatte man geglaubt, in einem Syndikat Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinigen zu können. Heute besteht je eines für die beiden Gruppen jeden Berufes. Den größeren Einfluß und Bedeutung haben die Organisationen der Arbeitnehmer. Zur Tariffähigkeit müssen alle Syndikate die Anerkennung als juristische Personen öffentlichen Rechtes haben. Sie vertreten dann alle zum Beruf gehörenden Personen, einerlei ob Mitglied oder nicht.

Die Syndikate stellen auch die Abgeordneten des Berufsstandes fest und nehmen weitgehend an der staatlichen Verwaltung teil.

Um die Anerkennung zu erlangen, sind eine Reihe von Bedingungen zu erfüllen, deren Erfüllung jedoch für den Staat keine Verpflichtung zur Anerkennung bedeutet.

Ein Syndikat muß mindestens 10 Prozent der Angehörigen des Berufsstandes als Mitglieder haben, muß neben der Vertretung wirtschaftlicher Belange auch „moralische“ Zwecke verfolgen (Weiterbildung zum Beispiel), und letztlich

muß die Leitung politisch zuverlässig sein. Gerade die letzte Bedingung gibt also dem Staat jederzeit Grund genug, die Anerkennung zu verweigern, wenn nämlich die Leiter nicht zuverlässig faschistisch sind. Es werden also nur Syndikate bestehen können, die voll und ganz dem Staat genehm sind. Andere erhalten keine Anerkennung, sind aber möglich, jedoch zwecklos.

In jedem Bezirk besteht nur je ein Syndikat jedes Berufsstandes für beide Gruppen. Niemand wird gezwungen, dem Syndikat beizutreten, es besteht auch kein Anspruch darauf, in das Syndikat aufgenommen zu werden. Man kann also jederzeit „Unerwünschte“ ablehnen.

Es wird auch ein gewisser Druck schon dadurch erzeugt, daß

die Stellenvermittlung nur bei den Syndikaten

liegt weil auch u. U. Arbeitgeber gezwungen werden, von den vorgemerkten Arbeitssuchenden

zuerst die einzustellen, die dem Syndikat oder der Faschistischen Partei angehören.“

Das alles ist wörtlich ohne irgendwelche Änderung dem „Völkischen Beobachter“ entnommen. Es wird dort noch dargestellt, wie die Leitung der

Syndikate vom faschistischen Rat eingesetzt bzw. nur mit seiner Bestätigung fungieren kann, daß von dieser Syndikatsleitung auch die „Arbeiterabgeordneten“ im Parlament bestimmt werden.

All das ist ein so eindeutiges und auch dem Allerdümmsten nichtbares Sklavensystem, daß selbst der „Völkische Beobachter“ es für nötig hält, zum Schluss so zu tun, als ob er das nicht alles billige, indem er heuchelnd schreibt:

„Für uns Nationalsozialisten ist die Kenntnis dieser Regelung in allen Staaten und Staatsformen wichtig. Nicht, daß wir die eine oder andere Blindlings nachahmen werden. Jedoch: „Prüft alles und behaltet das Beste!“

Wer die Hitler und Konsorten kennt, weiß, daß „das Beste“ für sie all das sein wird,

was die brutalste Form der Arbeiterknechtung darstellt.

Wir halten es für überflüssig, im einzelnen auf die völlige Rechtslosmachung, brutale und grausame Unterdrückung jeder selbständigen Regelung oder gar Selbstverwaltung der Arbeiter in diesen „Gewerkschaften“ hinzuweisen. Jeder proletarische Leser erkennt daraus, daß es ein von den schlimmsten, grausamsten Kapitalknechten erdennenes und mit blutigstem Terror gehandhabtes System ist, gegenüber dem die Sklaverei im Altertum und Mittelalter noch ein Paradies war. Wir fordern unsere Genossen daher auf, dieses faschistische Gewerkschafts-Ideal zur Abschreckung aller Arbeiter vor der faschistischen Pest in allen proletarischen Kreisen bekannt zu machen, in Fabriken, Stempelstellen und öffentlich anzusprechen.

## Werktarife statt Kollektiv-Verträge

Daß die Papenregierung entsprechend den alten Forderungen des Trustkapitals das Tarifrecht zerschlagen soll und will, ist längst bekannt. Die Regierung hat das aber immer bestritten. Sie will auch jetzt offenbar diese schwierige Aufgabe nur etappenweise und mit größter Vorsicht durchführen. Aber auf jeden Fall wird jetzt der Anfang gemacht. Um darin möglichst ungestört vorgehen zu können, hat man den Berliner Schlichter Wissell entlassen und den bisherigen Referenten für das Schlichtungswesen im Arbeitsministerium, Ministerialrat Joachim ersetzt. Die „Vossische Zeitung“ und andere bürgerliche Blätter wissen auch bereits von einem „Abbau des Tarifs und Schlichtungswesens“ zu berichten. Darauf vorbereiteten die Telegraphenbüros folgende amtliche Erwiderung:

„Die Nachricht eines Berliner Abendblattes, daß das Reichsarbeitsministerium damit beschäftigt sei, sehr weitreichende Maßnahmen auf dem Gebiet des Schlichtungswesens vorzubereiten, und daß die Absichten auf eine wesentliche Einschränkung der staatlichen Schlichtungstätigkeit und eine teilweise Beschränkung des Tarifrechts hinauslaufen, wird von zuständiger Stelle in Abrede gestellt. In dieser Beziehung sind gesetzliche Maßnahmen weder in Vorbereitung, noch beabsichtigt. Die Verbindlichkeitsklärung von Schlichtersprüchen soll nicht aufgehoben werden, wohl aber soll dieses Instrument vorsichtiger und möglichst nur in solchen Fällen

angewendet werden, wo es zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit erforderlich erscheint. Es wird auch nicht an die Aufhebung der Unabdingbarkeit der Tarifverträge und die Ersetzung durch Werktarife gedacht, sondern man will rein verwaltungsmäßig darauf hinwirken, daß die Tarifparteien der Lage der einzelnen Werke mehr als bisher Rechnung tragen, wobei man den größten Wert darauf legt, daß sich die Parteien selbst ohne behördliche Einwirkung verständigen.“

Diese Meldung zeigt nur, daß man die Tarifrechtserschlagung nicht auf dem „gesetzlichen“, sondern auf dem verwaltungstechnischen Weg durchführen will. Die Anweisung an die Schlichter, „die Lage der einzelnen Werke mehr als bisher in Rechnung zu ziehen“ heißt nichts anderes, als die

Beseitigung der Kollektivverträge, die Aufhebung ihrer Unabdingbarkeit und die Einführung von Werkstarifen.

Das sind gewiß gewollt reaktionäre Maßnahmen. Aber die Absichten der kapitalistischen Scharfmacher können in das Gegenteil umschlagen, wenn die Gewerkschaften daraus die einzig konsequenten Schlussfolgerungen ziehen und jeden Unternehmerangriff anstelle von Schlichterverhandlungen mit entschlossenem Massenstreik beantworten.

## Oldenburger Bürgerkriegsvorbereitungen

Naturalien für rückständige Steuern! Eine „soziale Tat“ oder Heeresversorgungsamt?!

Nachdem die Oldenburger Naziregierung mit großem Tamtam die Abgabe von Naturalien für rückständige Steuern bei ihrem Antritt verkündet und bei den „Wirtschaftsführern“, den Gemeindevorstehern und Bürgermeistern des oldenburgischen Landes für ihre Durchführung geworben hat, hört man nur noch in Nazireklame davon, — in der Praxis ist noch nichts geschehen. Daß aber hinter der Kulisse der Öffentlichkeit etwas geschieht, ist sicher; zu sehr hat sich schon herausgestellt, daß die neue Regierung bei all ihren bisher wenigen Tagen eine Nebenabsicht im Interesse der Herbeiführung der faschistischen Diktatur im Auge hat. Will man sich auf diesem Wege ein Organisationsnetz schaffen, über das man im Ernstfall die Verflechtung der SA- und SS-Armeen sicherstellen will? Wie nannte man es doch im Kriege 1914/18? Heeresversorgungsamt!

## Beamte, Augen auf!

Man erläßt eine neue Verfügung über die Altersgrenze der Polizei, die man so abstuft, daß man die unbehaglichen Beamten erfährt und so mit einem Schlag die Polizei „säubert“. Die „Neubeordnung“ behält sich das Staatsministerium vor.

Wie weit bei den gewöhnlichen Beamten durch „Altersgrenzen“ Stellen frei werden, darüber war Genaueres noch nicht zu erfahren. Umgruppierungen sollen aber auch dort stattgefunden haben. Und die Hilfspolizei — ehemalige SA- und SS., die die Bindung mit der Partei aufgegeben haben, wie es so heuchlerisch in der amtlichen Bekanntmachung hieß, wo sie doch einer Naziregierung unterstellt sind, — rücken auf!

Zur Beruhigung der Beamten Gemüter waren für gestern die gesamten Polizei-

kräfte zusammengeholt. Ministerpräsident Nazi Röver hielt eine ebenso aufgeblasene wie zielbewußt zum Umsturz vorbereitende Ansprache, in der er sich als wackeren Erneuerer des deutschen Vaterlandes pries und das „Verbundensein der Polizeibeamten als Repräsentanten der staatlichen Autorität“ mit eben dem obersten „Volksbeamten“ feierte.

## Eisenbahnschutz - Militärsersatzausbildung?

Nachdem außer der Bahnpolizei eine Gruppe von zirka 20 Mann Bahnschutz ausgebildet worden ist, ist jetzt die zweite Gruppe in der Ausbildung. Was versteckt sich dahinter, denn es wird nicht in Oldenburg allein so sein?

## Wie Hitlers Leibwache bewaffnet wird

Westfälische Blätter berichten, daß über den oldenburgischen Nazi-Stadtrat 15 oldenburgische SA- und SS-Leute Waffenscheine zum Schutze auf der Reise ausgegeben worden seien. Gedeckt wurde die Schiebung durch die oldenburgische Naziregierung Röver-Spangemacher!

## Das engültige Ergebnis der Thüringer Landtagswahlen

Weimar, 8. August.

WTB. Nach dem endgültigen Ergebnis der Thüringer Landtagswahlen haben an Mandaten erhalten: Sozialdemokraten 15, Landbund 6, Nationalsozialisten 26, Kommunisten 10, Deutsche Volkspartei 1, Deutschnationale 2, Staatspartei und Zentrum gemeinsam 1.

## Zollpolitische Verhandlungen

WTB. New York, 8. August.

Dem Korrespondent der „New York Times“ in Buenos Aires zufolge ist der argentinische Botschafter in England, Señor Millan, der zur Zeit in Argentinien weilt, von seiner Regierung beauftragt worden, mit Großbritannien Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag anzustreben, der eine Erleichterung der Einfuhr britischer Fertigwaren nach Argentinien und als Gegenleistung Erleichterungen für die Einfuhr von argentinischem Vieh und von Landwirtschaftsprodukten nach England zum Gegenstand haben soll.

## Internationaler Transportarbeiterkongreß

Prag, 8. August.

In Anwesenheit Delegierter aus 20 europäischen und überseeischen Staaten wurde gestern hier der Kongreß des Internationalen Transportarbeiterverbandes durch den Verbandsvorsitzenden C. T. Cramp-England eröffnet. Der Vorsitzende wies auf die ungünstige Wirkung des Schutzzollsystems auf den internationalen Handel und ferner darauf hin, daß die Transportarbeiter durch die jetzige Stagnation schwer betroffen werden. 195 offizielle Vertreter von 62 Organisationen mit insgesamt 2.284.066 Mitgliedern haben ihre Teilnahme angemeldet. Alle Staaten Europas — mit Ausnahme von Island, Litauen, Portugal, Sowjetrußland, Griechenland und Rumänien — sind auf dem Kongreß vertreten. Außer Alger und Tunis, wo die französischen Organisationen ihre Sektionen haben, sind folgende außereuropäische Länder vertreten: Argentinien, Japan, Indien und Palästina. Wenn man in Betracht zieht, daß die Gesamtmitgliederzahl der ITF 2.351.243 beträgt, so kann man feststellen, daß etwa 40 Organisationen, meist kleine, nicht vertreten sind.

## Reichsbanner fordert Verbot des „Völkischen Beobachters“

Berlin, 8. August.

Die Bundespressestelle des Reichsbanners teilt mit: Der „Völkische Beobachter“ hat in den letzten Tagen über die Terrorakte im ganzen Reich in einer Weise berichtet, die offenes Sympathisieren mit den Attentätern bedeutet. Die Attentate auf republikanische Beamte, republikanische Zeitungs- und Volkshäuser, auf Reichsbannerführer und führende Männer aller republikanischen Parteien werden als Akte des Volkszorns, der Volksjustiz und Verzweiflungstaten bezeichnet und damit gebilligt. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat bei der bayerischen Staatsregierung gegen die Duldung dieser intellektuellen Unterstützung des Mordterrors durch den „Völkischen Beobachter“ Protest erhoben und im Interesse der Befriedung des deutschen Volkes und der Durchführung des Burgfriedens das sofortige Verbot des „Völkischen Beobachters“ gefordert.

## Warum Stillstand der KPD in Frankfurt a. Main?

Während die KPD überall bei den Wahlen stark gewonnen hat, konnte sie in Frankfurt nur die Stimmen der Landtagswahlen halten. Wohl in keiner Großstadt hat sie so schlecht abgeschnitten. Das ist die Quintessenz des Frankfurter Proletariats für die sture ultralinksche Haltung der Bezirksleitung der KPD. Während in Berlin Antifa zusammen mit den Schutzformationen des Reichsbanners aufmarschierte, die „Rote Fahne“ dies sogar billigte, wurde in Frankfurt Genosse Dünn er aus der KPD ausgeschlossen, weil er mit einem Trupp Kommunisten unter Voranführung der Sowjetfahne sich in einen Demonstrationzug der Eisernen Front einreichte. Als er wenige Tage darauf in einer großen öffentlichen Versammlung im Volkshaus in einer gemeinsamen Veranstaltung der sozialdemokratischen Sozialistischen Studentenschaft mit der Roten Studentengruppe für die RSG sprechen sollte, setzte ein beschämendes Schauspiel ein: Die KPD-Leitung hatte es sich absolut in den Kopf gesetzt, den „Renegaten“ nicht zu Wort kommen zu lassen. Die immer wieder einsetzenden organisierten Störungen in der ehrlichen Formierung der proletarischen Einheitsfront gewidmeten Versammlung — wegen Überfüllung mußte polizeilich geschlossen werden — wurde zu einer schweren moralischen Blamage für die KPD. Mehrmals wurde beobachtet, wie kommunistische Parteimitglieder verärgert ihre Mitgliedsbücher zerrissen aus Wut über das Verhalten der KPD-Bürokratie. Die Ausschlüsse aus der KPD, die sture Haltung der BL in allen Einheitsfrontversuchen, selbst denen der Distrikte und der Jugend, die ganze Reich sich ultralinks gebärdende „Taktik“ der Bürokratie ist schuld an dem Mißerfolg bei den Wahlen. — Leider konnte die SAP bei den Wahlen nicht so wie bei der Preußenwahl propagandistisch hervortreten, da ihre finanziellen Mittel durch 6 Wahlkämpfe — zwei Hessen-, zwei Reichspräsidentenwahlen, Preußen- und Reichstagswahl — fast völlig erschöpft waren und sie ihre Kraft auf wichtigere Dinge als allein auf die Wahlen konzentrieren mußte.

## Immer noch Bruderkrieg

Kassel, 8. August.

Zwischen Anhängern der KPD und der Eisernen kam es anläßlich einer Feierlichkeit des Arbeitersportvereins „Eintracht“ zu einer schweren Schlägerei, bei der zwei Teilnehmer schwer verletzt wurden. Sie fanden Aufnahme im Krankenhaus.